

**Niederschrift
über die 37. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 12.02.2018
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 20:00 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Sárközy

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt
Herr Ralf Bräunel
Herr Klaus Jäger
Herr Dieter Rappenhöner
Frau Ilka Reißner
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin
Herr Thomas Salzmann
Herr Bernd Stubenrauch

Beratendes Mitglied

Frau Ilona Gogsch	
Herr Matthias Gräf	
Herr Thomas Huscher	entschuldigt
Herr Rüdiger Müller	
Herr Karl-Jörg Röbiger	
Herr Frank Thiele	
Herr Günter Wetzell	

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Rico Kusche	unentschuldigt
------------------	----------------

Beratendes Mitglied

Herr Ludwig Bergmann	entschuldigt
----------------------	--------------

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Wolf	FBL Bau und Umwelt	zu allen TOP
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	zu allen TOP
Herr Giering	FGL Bauordnung	zu TOP 8.1.
Frau Schramm	FGL Straßenverkehrsbehörde	zu allen TOP
Frau Barthel	FG Stadtplanung und Umwelt	zu TOP 4.
Herr Merkel	FG Tiefbau	zu TOP 8.2.
Herr Haupt	FG Tiefbau	zu TOP 6.
Herr Fröbisch	FG Tiefbau	zu TOP 3.
Frau Böhme	FG Stadtplanung und Umwelt	zu TOP 3.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Niehus	Freie Presse	öffentlicher Teil
Vertreter	Vogtlandanzeiger	öffentlicher Teil

Tagesordnung öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Beantwortung von Anfragen
 - 1.3. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Konzept einer rollstuhlgerechten Stadtführung
4. Zwischenbericht zur Evaluation des Parkraumkonzeptes
5. Information über den Ausbau der Rädelsstraße zwischen Forst- und Bahnhofstraße
6. Information über den Ausbau der Straße Zum Plom
7. **Beschlussfassung**
 - 7.1. Zuwendung für Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen nach KStB Teil B 2018
Drucksachennummer: 725/2018
8. **Vorberatung**
 - 8.1. Neufassung der Stellplatzablösesatzung
Drucksachennummer: 722/2018
 - 8.2. 6. Änderung der Grünanlagen- und Gebührensatzung
Drucksachennummer: 724/2018
 - 8.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Wettbewerb zum Thema Mülltrennung und - Vermeidung an öffentlichen Schulen in der Stadt Plauen, *Reg.-Nr. 259-18 - Stellungnahme der Verwaltung*
9. Antrag der CDU-Fraktion zum Gestaltungsleitfaden der Innenstadt, *Reg.-Nr. 246-17 - Stellungnahme der Verwaltung*
10. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 37. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, eröffnet und geleitet.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen Teil werden Frau Stadträtin Ilka Reißner, Fraktion DIE LINKE., und Herr Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppig, CDU-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Herr Bürgermeister Sárközy informiert, dass der TOP 5. „Information über den Ausbau der Rädelsstraße zwischen Forst- und Bahnhofstraße“ von der heutigen Tagesordnung genommen wird.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., beantragt, den TOP 8.3. „Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Wettbewerb zum Thema Mülltrennung und –vermeidung an öffentlichen Schulen in der Stadt Plauen, Reg.-Nr. 259-18 – Stellungnahme der Verwaltung“, von der Tagesordnung zu nehmen.

Die Tagesordnung wird so bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Herr Bürgermeister Sárközy erklärt, dass die Beantwortungen zu den Anfragen von Herrn Karl-Jörg Rößiger, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., noch offen sind. Dies betrifft die Verkehrsorganisation Straßberger Straße/Siegener Straße sowie der Gottschaldstraße/Straße der Deutschen Einheit.

Beide Themen werden in der Ausschusssitzung am 12.03.2018 mündlich beantwortet.

1.3. Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Sárközy informiert, dass am 26.02.2018, 19:30 Uhr, die Ortschaftsrats-sitzung Straßberg im kleinen Sitzungssaal des Rathauses stattfindet. Inhalt soll die Entwässerung Possig sein. Die Bürger von Straßberg, insbesondere die Anwohner der Possig, sind dazu herzlich eingeladen.

Zur Problematik „30 km/h in Großfriesen“ verliest Herr Bürgermeister Sárközy ein Schreiben des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, in dem festgehalten ist, dass die Anordnung, ein Zeichen „Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h“ an der Engstelle der Falkensteiner Landstraße nicht aufzustellen, ordnungsgemäß und rechtsgültig ist.

Allerdings hat Herr Bürgermeister Sárközy großes Verständnis, dass die Großfriesener dort nach einer Lösung suchen, um die Belange der Fußgänger zu berücksichtigen.

Er bittet Herrn Ortsvorsteher Ruppin, die Thematik noch einmal in eine Ortschaftsrats-sitzung mitzunehmen und zu überlegen, wie weiter damit umgegangen wird.

So gibt z. B. die Bundesanstalt für Straßenwesen Hinweise, wie eine Engstelle ausgebildet werden kann, dass es für alle Verkehrsteilnehmer deutlich sichtbar ist.

Weiterhin bezieht sich Herr Bürgermeister Sárközy auf den Artikel in der öffentlichen Presse von Herrn Stadtrat Eckardt, CDU-Fraktion, bezüglich der ungewöhnlich hohen Zahl von Abschleppvorgängen im Jahr 2017. Hier geht er vor allem auf den Fall einer Jenaer Bürgerin ein, deren Fahrzeug in der Zeit des Weihnachtsmarktes umgesetzt wurde.

Im Jahr 2017 mussten 137 Fahrzeuge aus Gründen der Verkehrssicherheit bzw. zum Schutz von Eigentum umgesetzt werden. Bei der Prüfung dieser Vorgänge konnte Herr Bürgermeister keinen Vorfall feststellen, bei dem dies unangemessen war. Lt. Auskunft des Fachgebietes Allgemeine Ordnungsangelegenheiten wurde während der Zeit des Weihnachtsmarktes weder ein Ordnungswidrigkeitsverfahren noch ein Abschleppvorgang gegen ein Fahrzeug mit Jenaer Kennzeichen eingeleitet, ebenso nicht gegen eine Bürgerin, deren Kennzeichen abweichend, sie jedoch in Jena wohnhaft ist.

Herr Stadtrat Eckardt wird nun angeschrieben und gebeten, das betreffende Kennzeichen mitzuteilen, um den Fall in der Presse richtigzustellen.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Unglaub, Reusaer Straße 48 in 08529 Plauen, bezieht sich noch einmal auf ihre Anfrage in der Einwohnerfragestunde im November 2017.

Hier beanstandete sie die losen Steine an der Stadtmauer unterhalb der Johanniskirche in Richtung Mühlgraben. Der Zustand hat sich nicht wesentlich geändert, es erfolgten zwischenzeitlich einige Ausbesserungsarbeiten mit Beton.

Frau Unglaub möchte wissen, ob hier bereits Planungen zur zeitnahen Beseitigung des Zustandes vorliegen, bevor größere Schäden entstehen.

Ihr wird eine schriftliche Antwort zugesichert.

Herr Ulrich Neef, Dr.-Theodor-Brugsch-Straße 48 in 08529 Plauen, teilt mit, dass sich an der Straßenbahnhaltestelle „Neues Rathaus“ stadteinwärts seit mehreren Wochen eine Plaste-Fußplatte befindet. Diese stellt eine erhöhte Sturzgefahr dar.

Weitere Anfragen übergibt Herr Neef schriftlich.

Ihm wird ein Antwortschreiben zugesagt.

3. Konzept einer rollstuhlgerechten Stadtführung

Frau Böhme, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert das Ergebnis ihrer planerischen Vorbereitungsarbeiten für einen barrierearmen Stadtrundgang in Plauen anhand einer Präsentation.

Das Projekt trägt den Titel „Mit dem Rolli unterwegs in Plauen“.

Das Ziel der Stadt Plauen besteht darin, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen besser in den Alltag zu integrieren. Darunter zählen Rollstuhlfahrer, Menschen mit Gehbehinderung, aber auch Eltern mit Kinderwagen.

Hierzu wurde durch Frau Böhme in Zusammenarbeit mit der Tourist-Information ein Flyer mit Hinweisen auf rollstuhlgerechte Parkplätze, Sehenswürdigkeiten, Übernachtungsmöglichkeiten oder öffentliche Toiletten mit ebenerdigen Zugang erarbeitet, der demnächst in Druck gehen wird.

Herr Fröbisch, Fachgebiet Tiefbau, informiert über die bauliche Umsetzung und deren Kosten.

Für notwendige Plattenverlegungen, bei der vorhandenes Material verarbeitet werden kann, sind mit ca. 2.000 EUR, für Fugenfüllungen mit ca. 4.000 EUR, die Herstellung eines Gehweges mit 7.000 EUR und die Anpassung der Schächte mit ca. 1.000 EUR zu rechnen.

Voraussichtlich wird dieser barrierearme Stadtrundgang ab Mai 2018 in Plauen angeboten. Die derzeit 22 Stadtführerinnen und Stadtführer werden noch auf die speziellen Anforderungen vorbereitet und geschult.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass auf der Stadtkarte, die auf dem Flyer abgebildet ist, noch ein Piktogramm für das WC am Malzhaus eingefügt werden muss.

Weiterhin weist Herr Stadtrat Rappenhöner darauf hin, dass bei Wahlen nicht ausreichend Wahllokale mit barrierefreiem Zugang vorhanden sind.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, fragt, ob der Preis mit 80 EUR für Gruppen bis 30 Personen realistisch ist und kleinere Gruppen dann auch diese Summe aufbringen müssten. Er beantragt, zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht, einen Stadtrundgang für Einzelne bzw. eine kleinere Gruppe von Personen preiswerter zu gestalten.

Herr Bürgermeister Sárközy stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über diesen Antrag der CDU-Fraktion ab.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

4. **Zwischenbericht zur Evaluation des Parkraumkonzeptes**

Frau Barthel, FG Stadtplanung und Umwelt, erläutert die Entwicklung und Umsetzung des beschlossenen Parkraumkonzeptes anhand einer Präsentation. Diese wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Ziel war, die Erreichbarkeit der Innenstadt zu verbessern und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. So wurde die Bewirtschaftung strukturiert, die Parkgebühren geändert, die Höchstdauer gestaffelt, weitere Stellplätze geschaffen und die Stellplatzabläsesatzung überarbeitet.

Absicht war ebenfalls die Stärkung des ÖPNV und Reduzierung des Parkraumbedarfes. Hier kann festgestellt werden, dass das Kombiticket zunehmend angenommen wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass durch die Strukturierung der Bewirtschaftung möglich wurde, die Kunden, Besucher und Anwohner zu priorisieren, da diese nach Entfernung zum Zentrum aufgebaut wurde. Ein Ergebnis ist, dass die Parkdauer in der Zone 1 gesunken ist und damit ein höherer Umschlag stattfand.

Die Parkgebühren wurden gestaffelt. Die Anzahl der Parkvorgänge war leicht rückläufig, aber die Einnahmen sind gestiegen.

Die Auslastung der unbewirtschafteten Stellplätze ist angestiegen, die der neu bewirtschafteten noch teilweise gering. Dies muss weiter beobachtet werden.

Die Zone 3 dagegen ist noch nicht optimal ausgelastet – dies betrifft die Burgstraße, den Neustadtplatz und die Obere Bahnhofstraße, ebenso die Zone 4, Dobenastraße und Myliusstraße, Für die Bewohner wurden aus 11 kleineren nun 7 größere Parkzonen gebildet, eine Parkzone kam neu hinzu. Die Zahl der Bewohnerparkkarten ist angestiegen, aber die Anzahl der Bewohnerstellplätze erhöhten sich nicht in gleichem Maße. Eventuell müssten hier noch Änderungen erfolgen.

Im Herbst werden noch einmal abschließend alle Zahlen ausgewertet werden. Das Monitoring wird auch weiterhin fortgesetzt, um gewisse Nachjustierungen auf ihre Wirksamkeit zu prüfen.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, fragt, ob auch die Handytickets mit berücksichtigt wurden.

Frau Barthel erklärt, dass dieser Überblick nur die Summen beinhaltet. Das Handyticket ist mit enthalten, wurde aber nicht extra herausgerechnet.

Herr Müller, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass seit der Einführung der Bewirtschaftung der Neustadtplatz größtenteils ungenutzt bleibt. Er bittet, hier Überlegungen anzustellen, um eine bessere Lösung zu finden.

Herr Bürgermeister Sárközy erläutert, dass, insbesondere, wenn die Berufsakademie dort ansässig wird, über Neuregelungen in diesem Bereich nachgedacht werden muss.

Frau Barthel ergänzt, dass der Neustadtplatz ein Plus an Ticketverkäufen sowie ein mittleres Plus an Einnahmen verzeichnen kann. Außerdem ist der Neustadtplatz durch die Nähe zur Straßenbahnhaltestelle auch für das Kombiticket interessant. Auch während der Zeit des Weihnachtsmarktes ist der Neustadtplatz ein unersetzliches Ventil.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass ihm auf der Melanchthonstraße bereits mehrfach von Fahrzeugführern ein Parkschein angeboten wurde, der zeitlich nicht ausgenutzt wurde. Die Parkzeit beträgt hier 2 Stunden. Er möchte wissen, ob dies die Statistik verschieben kann.

Weiterhin erklärt Herr Stadtrat Stubenrauch, dass die Dobenastraße sehr ungenügend ausgelastet ist. Dagegen sind die privaten Parkplätze voll belegt. Hier sollte versucht werden, mit geeigneten Mitteln die Fahrzeuge auf die stadteigenen Stellplätze zu ziehen.

Herr Bürgermeister Sárközy bestätigt, dass von den ca. 40 vorhandenen Stellplätzen nur ca. 15 belegt sind.

Die Situation muss weiter im Focus behalten werden.

Frau Barthel ergänzt, dass sich die Bürger erst mit den neuen Parkgebühren auseinandersetzen müssen. Sie ist allerdings nicht der Meinung, dass dies die Statistik beeinflusst.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass die Parkgebühren nicht dazu da sind, die Stadtkasse zu füllen, sondern um die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Deshalb ist es unwesentlich, ob auf einer privaten oder städtischen Fläche geparkt wird.

5. Information über den Ausbau der Rädelsstraße zwischen Forst- und Bahnhofstraße

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

6. Information über den Ausbau der Straße Zum Plom

Herr Haupt, Fachgebiet Tiefbau, stellt die Baumaßnahme anhand einer Präsentation vor. Die Straße Zum Plom ist einzige Zufahrtsstraße zum Gewerbegebiet und dient auch der Verbindung der Kreisstraßen K 7805 und 7814.

Außerdem hat die Straße eine innerörtliche Bedeutung, da hier die Busverbindung V6 Plauen-Treuen-Lengenfeld mit zwei Bushaltestellen vorliegt, die am Tag 14mal bedient werden. Geplant ist eine Deckenerneuerung von insgesamt 1,4 km.

Der 1. Bauabschnitt hat eine Gesamtlänge von 625 m mit einer Fahrbahnbreite von 6,5 m.

Die Gesamtkosten mit Planung belaufen sich auf 650.000 EUR, davon können Fördermittel aus der Richtlinie Kommunaler Straßenbau in Höhe von 80 % beansprucht werden.

Die Bauausführung wird vom 01.07. – 31.10.2018 stattfinden. Der Bau erfolgt unter Sperrung des Durchgangsverkehrs. Der Anliegerverkehr wird aufrechterhalten mit teilweisen Einschränkungen.

7. Beschlussfassung

7.1. Zuwendung für Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen nach KStB Teil B 2018 Drucksachenummer: 725/2018

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert die geplanten Maßnahmen.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, bittet darum, bei den genannten Maßnahmen vorrangig die Gehwege instand zu setzen.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, bittet, auch die Jahnstraße 24 mit einzubeziehen.

Herr Ullmann wird dies prüfen.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer: 725/2018, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbau- und Umweltausschuss der Stadt Plauen beschließt die Erneuerung der Verkehrsflächen im Rahmen der Richtlinie für die Förderung von Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulastträger (RL-KStB), Teil B im Jahr 2018: Bernhard-Lichtenberg-Weg, Bickelstraße, Gehweg Friesenweg (Marie-Curie-Str. – Dr.-Christoph-Hufeland-Str.), Hartmannstraße (Neundorfer Str. – Ulrich-Otto-Str.), Kemmlerstraße (Nach Waldesruh – Kemmlerstr. 64A), Robert-Zahn-Weg (ohne Bereich HN 4 – 8) und insofern die Mittel noch nicht ausgeschöpft sind: Engelstraße (Neundorfer Str. – Friedensstr.), Gehweg Jahnstraße (HN 26 – HN 30), Gehweg Reusaer Straße (HN 35 – Am Weinberg).

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

8. Vorberatung

8.1. Neufassung der Stellplatzablösesatzung

Drucksachenummer: 722/2018

Herr Giering, Fachgebietsleiter Bauordnung, erläutert die Vorlage. Die Berechnung erfolgt nun nach drei Gebietszonen. Die Höhe der Stellplatzablösebeiträge wird mit 60 % (vorher 50 %) der durchschnittlichen Kosten für einen Stellplatz in Ansatz gebracht.

Frau Wolf, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, ergänzt, dass nur dann eine Stellplatzablöse in Kraft tritt, wenn der Bauherr auf seinem eigenen Grundstück keinen Stellplatz schaffen kann.

Weiterhin muss der stadtplanerische Aspekt gesehen werden. In der Innenstadt gibt es kaum noch Grundstücke, um Stellplätze nachzuweisen. Hier muss eventuell versucht werden, eine Stellplatzanlage zentral zu schaffen.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, fragt, wo z. B. Stellplätze für das neu sanierte Haus in der Nobelstraße vorhanden wären.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, bemerkt, dass die Gliederung der Bereiche noch einmal überprüft werden müsste. Speziell spricht er den Neustadtplatz in der Zone I an. Weiterhin ist er der Meinung, dass die Zufahrtsflächen nicht die Höhe der Ablösebeträge beeinflussen sollten.

Herr Bürgermeister Sárközy erklärt, dass der Neustadtplatz eine wichtige Potentialfläche in der Stadt Plauen ist. Falls im Umfeld in Zukunft eine Investition getätigt werden sollte, ist im Vorfeld geregelt, unter welchen Voraussetzungen dort Stellplätze abgelöst werden können. Eine Satzung sollte also nicht nur aus heutiger Sicht gesehen werden.

Herr Giering erläutert, dass die Gebietseinstufung natürlich schwierig ist, jedoch umsichtig mit der Problematik umgegangen wurde und nun ein entsprechend gutes Ergebnis erzielt wurde.

Herr Stadtrat Bräunel, CDU-Fraktion, fragt an, ob eine Summe der abgelösten Stellplätze in den letzten Jahren genannt werden kann.

Herr Giering antwortet, dass die Anzahl verschwindend gering ist. Im letzten Jahr wurden bei einem Objekt 6 Stellplätze abgelöst, in diesem Jahr gibt es ein Bauvorhaben in der Melanchthonstraße, bei dem eine größere Summe zustande kommt.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, bemerkt, dass der Bedarf von Mietern an Stellplätzen durchaus gegeben ist. Die Eigentümer der Immobilien sind deshalb bestrebt, Stellplätze zu schaffen. Wenn sich diese aber in einer bewirtschafteten Parkzone befinden, d. h. nicht unmittelbar vor dem Haus zur Verfügung stehen bzw. gar nicht darstellbar werden, ist eine Ablösesumme nicht wirklich gerechtfertigt. Hier sollte die Begründung noch einmal durchdacht werden.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, bezieht sich auf § 3 (2) der Satzung, der aussagt, dass der Ablösebetrag gemäß § 49 Abs. 2 SächsBO zu verwenden ist. Er fragt, was in diesem Paragraph der SächsBO steht.

Herr Giering antwortet, dass der Ablösebetrag für Baumaßnahmen der Stadt für Parkeinrichtungen zu verwenden ist bzw. für die Verbesserung des ÖPNV.

Seit diesem Haushaltsjahr gibt es dafür ein Sachkonto, auf das die Beträge fließen.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer 722/2018, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die neue Satzung über die Ablösung notwendiger Stellplätze in der Stadt Plauen (Stellplatzablösesatzung).

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

**8.2. 6. Änderung der Grünanlagen- und Gebührensatzung
Drucksachennummer: 724/2018**

Herr Merkel, FB Bau und Umwelt, erläutert die Vorlage.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., stellt fest, dass in der Vorlage ein Flächenverlust ausgewiesen ist, aber Mehrkosten veranschlagt wurden.

Herr Merkel erklärt, dass die aufgenommenen Grünanlagen einen höheren Pflegeaufwand besitzen.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, warum der Baumholzbestand auf der Fläche Anton-Kraus-Straße wekommt und ob ein Ausgleich geplant ist.

Herr Bürgermeister Sárközy antwortet, dass für den Bereich die Planung eines Projektentwicklers vorliegt.

Wenn es zu diesem Projekt kommt, wird ein Bebauungsplan aufgestellt, in dessen Rahmen selbstverständlich Ausgleichsmaßnahmen zu definieren sind.

Herr Stadtrat Jäger beantragt, dass die Fläche von 1.080 m² der Gemarkung Chrieschwitz „Anton-Kraus-Straße“, Flurstück 1153, aus der Beschlussfassung der Vorlage herausgenommen wird.

Herr Bürgermeister Sárközy stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer 724/18, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 6. Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Plauen und die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Grünanlagen der Stadt Plauen (Grünanlagen- und Grünanlagegebührensatzung).

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

8.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Wettbewerb zum Thema Mülltrennung und -vermeidung an öffentlichen Schulen in der Stadt Plauen, Reg.-Nr. 259-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

9. Antrag der CDU-Fraktion zum Gestaltungsleitfaden der Innenstadt, Reg.-Nr. 246-17 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Bürgermeister Sárközy begrüßt zu diesem TOP den Leiter der Arbeitsgruppe Stadt + Handel, Herrn Mandel. Ihm wird von Herrn Bürgermeister Rederecht eingeräumt.

Herr Stadtrat Bräunel, CDU-Fraktion, erläutert die Konkretisierung zum Antrag, Reg.-Nr. 246-17, Reg.-Nr. 262-18.

Herr Bürgermeister Sárközy weist darauf hin, dass weder die Verwaltungsvorlage 253/2015 noch der Gestaltungsleitfaden eine Satzung ist. Weiterhin steht dies mit der Gestaltungssatzung der Stadt Plauen für den Bereich „Historischer Stadtkern“ nicht im Zusammenhang. Er bittet die Fraktion, den Beschlusstext zu ändern, da ansonsten der Antrag nicht behandelt werden kann.

Herr Stadtrat Bräunel stellt folgenden geänderten Antrag:

„Der Beschluss der Verwaltungsvorlage 253/2015 (Gestaltungsleitfaden) ist aufzuheben.“

Herr Bürgermeister Sárközy gibt der CDU-Fraktion den Anstoß, ihren Antrag noch einmal zu überdenken

Herr Mandel erläutert den Gestaltungsleitfaden aus Sicht der AG Stadt + Handel. Die Mehrheit der Gewerbetreibenden sieht darin ein wichtiges Instrument, um die Innenstadt in ihrer Wertigkeit aufrechtzuerhalten. Dies trägt dazu bei, dass sich Touristen in der Stadt wohlfühlen.

Die Kontrolle sollte auch weiterhin bei der Stadtverwaltung liegen, da der Dachverband Stadtmarketing hier überfordert wäre.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, stellt fest, dass die Erstellung des Gestaltungsleitfadens zwar aufwendig war, die Kontrolle und das Monitoring aber weitaus weniger Aufwand bedarf. Der Nutzen hingegen war sehr groß. Natürlich ist nicht wichtig, welche Farbe und Form ein Schirm haben muss. Es verfügt auch nicht jeder Gewerbetreibende über ausreichend finanzielle Mittel, eine attraktive Sondernutzung zu gestalten, aber es sollte doch ein Mindestmaß eingehalten werden und eine Aufenthaltsqualität im mittleren Bereich gegeben sein. Dafür ist ein Leitfaden ein sinnvolles Mittel.

Den Antrag der CDU-Fraktion wird Herr Stadtrat Rappenhöner nicht unterstützen.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., erklärt, dass es einvernehmlich war, dass eine Herangehensweise an Gestaltungsformen im öffentlichen Raum sinnvoll ist. So kam es auch zu der Entscheidung im Stadtrat.

Nach ihrer Ansicht hat der Gestaltungsleitfaden eine ordnende Wirkung.

Die Ablehnung einer Sondernutzung erfolgt auf der Grundlage der Sondernutzungssatzung. Hierzu wäre ein Gestaltungsleitfaden nicht notwendig. Das behördliche Vorgehen zur relativen Gleichbehandlung von Anliegern, die einen Sondernutzungswunsch auf eine öffentliche Fläche haben, kann viel gerechter sein, wenn es dafür eine Grundlage gibt.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., befürchtet, dass die Stadt so uniformiert wird. Es sollte eine eigenständige Gestaltung erlaubt werden, wobei es wichtig ist, negative Auswüchse zu bekämpfen.

Hier sollten dann auch Sanktionen ausgesprochen werden, die aber aus dem Gestaltungsleitfaden heraus nicht abgeleitet werden können. Dies geht nur über die Sondernutzungssatzung.

Herr Bürgermeister Sárközy erläutert, dass eine Uniformierung nicht der Ansatz des Gestaltungsleitfadens war. Es sollten lediglich Mindeststandards vorgegeben werden.

Herr Baumgärtel, Fachgebiet Stadtplanung, ergänzt, dass bei den meisten Händlern Gesprächsbereitschaft besteht. Nach seiner Meinung wird beim nächsten Monitoring festgestellt werden, dass viele, die sich derzeit in der Kategorie „rot“ befinden, in die Kategorie „gelb“ entwickeln.

Frau Wolf, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, erklärt, dass nach dem letzten Monitoring sichtbar wurde, dass nicht in Größenordnungen Sondernutzungen entzogen werden. Es wird sich immer nur auf Einzelfälle beschränken. Sie schlägt vor, wenn solch ein Fall auftritt, die Problematik im Stadtbau- und Umweltausschuss zu diskutieren und zu entscheiden, ob ein Entzug der Sondernutzung erfolgen sollte.

Herr Stadtrat Bräunel weist darauf hin, dass es zwar den Leitfaden mit einem Erlaubnis Antrag gibt, aber die Sanktionen in diesem Leitfaden sind nicht geklärt. Es sind Gestaltungsformen definiert, aber nicht, wie bewertet wird. Daraus erfolgt dann eine Sanktion, die eventuell den Entzug der Sondernutzung nach sich zieht. Eine andere Einschränkung, wie Flächenreduzierung o. a., sieht Herr Stadtrat Bräunel nicht geregelt.

Herr Bürgermeister Sárközy antwortet, dass z. B. auf der Bahnhofstraße bereits eine Flächenreduzierung erfolgte.

Er unterstützt den Vorschlag von Frau Wolf.

Frau Stadträtin Reißner, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass der Leitfaden nichts mit Sanktionen zu tun hat. Bezüglich der Sondernutzungen setzt sie vollstes Vertrauen in die Verwaltung, die viel Ermessen an den Tag gelegt hat, indem sie versucht, die unschönen Gestaltungen mit viel Geduld zu beheben.

Frau Stadträtin Reißner bittet die Ausschussmitglieder, das Thema endlich abzuschließen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, äußert die Auffassung, dass es nicht Aufgabe der Stadt Plauen ist, Geschmack vorzuschreiben. Die Verwaltung sollte nur sanktionieren, wenn Gefahren entstehen – dies geschieht über die Sondernutzungssatzung.

Herr Bürgermeister Sárközy fasst noch einmal zusammen, dass der Gestaltungsleitfaden eine Empfehlung sein soll. Es ist nicht vorgeschrieben, dass ein Schirm eckig sein soll, es soll nur insgesamt ein harmonisches Bild ergeben. Wenn ein Gewerbetreibender runde Schirme hat, wird er nicht sanktioniert.

Herr Bürgermeister stellt klar, dass der Dachverband Stadtmarketing nicht in der Lage ist, diesen Gestaltungsleitfaden fortzuführen. Auch in der Vergangenheit führte die Stadt Plauen die Bewertung in grüner, gelber und roter Kategorie durch. Der Dachverband wählte dann aus der grünen Kategorie die schönsten aus.

Herr Bürgermeister Sárközy geht davon aus, dass, sollte dieser Antrag im Stadtrat beschlossen werden, dieses Thema durch die Verwaltung nicht mehr weiter behandelt wird. Es gibt dann auch keine Grundlage mehr, die Flächengröße einzuschränken.

Herr Bürgermeister Sárközy bittet die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses, über den Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 262-18, mit der Korrektur abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 2-Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Dem Antrag wird damit zugestimmt und an den Stadtrat zum Beschluss gegeben.

10. **Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, warum es aus Sicht des Oberbürgermeisters nicht möglich ist, auf der Hofwiesenstraße vor der bestehenden und der künftigen Kindertagesstätte eine Haltestelle des ÖPNV einzurichten. Die Stadtbuslinie BX würde dort regelmäßig entlangfahren.

Durch Herrn Bürgermeister Sárközy wird eine schriftliche Antwort zugesichert.

Weiterhin möchte Herr Stadtrat Jäger wissen, warum bezüglich der „netten Toilette“ bisher kein Ergebnis zustande kam. Er weiß, dass mindestens 8 – 9 Händler bereit sind, sich an dem Vorhaben zu beteiligen.

Herr Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass das Vorhaben aus seiner Sicht derzeit gescheitert ist. Nach Gesprächen mit ansässigen Gastronomen wurde deutlich, dass diese dann keinen Einfluss darauf hätten, welche Personen die Toilette aufsuchen können und es eher auf eine öffentliche Toilette hinauslaufe.

Momentan ist durch die Verwaltung eine Vorlage mit dem Ziel einer öffentlichen Toilette in der Innenstadt in Vorbereitung.

Interessierte Händler und Gastronomen können sich aber gerne bezüglich der Idee einer „netten Toilette“ an den Dachverband Stadtmarketing wenden.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, fragt, ob auf der Haselbrunner Straße in Höhe der Kindergärten nach der abgeschlossenen Baumaßnahme wieder das Zeichen „Achtung Kinder“ auf die Fahrbahn aufgebracht wird. Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert, dass die Markierung entsprechend der Witterung ausgelöst wird.

Herr Stadtrat Salzmann bittet, das Zeichen vor die Kleiststraße zu versetzen, da die Kinder bereits dort die Straße überqueren.

Außerdem möchte Herr Stadtrat Salzmann wissen, wann die Gustav-Adolf-Straße/Feldstraße nach dem Brand eines Wohnhauses wieder für den öffentlichen Verkehr geöffnet wird.

Mittlerweile wurde auch die Dürerstraße nach einem Brand gesperrt.

Herr Giering, Fachgebietsleiter Bauordnung, antwortet, dass zuerst der Eigentümer aufgefordert werden muss, sein Haus wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Die Stadt ist nicht berechtigt, vorher zu handeln. Im Zweifelsfall würde durch das Gericht geprüft, ob diese Fristen angemessen gesetzt wurden.

Nun wurden Angebote eingeholt, um im Zuge einer Ersatzvornahme die Schäden an der Feldstraße durch eine Firma beseitigen zu lassen.

Die Dürerstraße wird dagegen noch mehrere Wochen gesperrt bleiben, da auch hier dem Eigentümer ausreichend Frist für Reparaturen eingeräumt werden muss.

Es wird weiterhin an die Vernunft der Bürger appelliert, da an beiden Stellen Lebensgefahr durch eventuell herabstürzende Teile besteht.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion SPD/Grüne, bezieht sich auf die Diskussion im Kreistag über den Regionalplan. Hier fehlte die Planung zum Gewerbe- und Industriegebiet Plauen-Kauschwitz als regionaler Vorsorgestandort für Südwestsachsen.

Herr Dezernent Beck äußerte, dass es dazu in der Zwischenzeit ein Einvernehmen zwischen ihm und der Stadt Plauen gegeben hätte.

Herr Stadtrat Rappenhöner möchte wissen, wie diese Aussage zustande kam.

Herr Bürgermeister Sárközy äußert, dass die Stadt Plauen die Vorsorgestandorte Plauen-Kauschwitz und Oberlosa beantragt hat. Gerne wäre noch der Standort Taltitz-Moritzbach für den Regionalplan vorgeschlagen worden.

Der Regionalverband hat in seiner Sitzung im Dezember beschlossen, dass künftig der Regionalplan so zu ändern ist, dass nur noch zwei Standorte enthalten sind, nämlich Auerbach und Neuensalz. Nach diesem Beschluss gab es intensive Gespräche und Verhandlungen mit Herrn Beck, um zu erreichen, dass zumindest ein Standort für Plauen aufgenommen wird. Ein Ergebnis wurde noch nicht bekanntgegeben.

Plauen, den

Plauen, den

Levente Sárközy
Bürgermeister

Ilka Reißner
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Angela Gebhardt
Schriftführerin

Wolf-Rüdiger Ruppin
Stadtrat